



Nr. 89 / 09.11.2018

Alexander HOFFMANN *informiert*

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

Angela Merkel tritt ab, Friedrich Merz würde Deutschland gut tun

Liebe Leserinnen, liebe Leser, „viele werden sie schon am Tag ihres Rückzugs vermissen“, schreibt sogar das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ und ergänzt: „Aber auch das zeichnet einen geglückten Abschied aus.“ Angela Merkel hat Ende Oktober angekündigt, dass sie nach 18 Jahren an der Spitze der CDU und nach 13 Jahren als Bundeskanzlerin ihre Ämter schrittweise abgeben und ihre einzigartige politische Karriere spätestens im Jahr 2021 zu Ende gehen wird. Dieser Schritt war wichtig – und verdient großen Respekt.

Dieser Schritt ist auch ein Signal an all diejenigen, die aus Protest, nicht etwa aus inhaltlicher Überzeugung, zuletzt radikale Parteien gewählt haben. Die Botschaft lautet: Macht euer Kreuzchen nicht länger bei der AfD und anderen, kommt zurück in die politische Mitte!

Die CDU begibt sich nun auf den spannenden Weg, eine/n neue/n Vorsitzende/n zu finden. Ich freue mich, dass Friedrich Merz für den Vorsitz kandidieren wird. Das wäre meiner Meinung nach eine gelungene Neuausrichtung unserer Schwesterpartei.

Und die AfD zittert schon. Diejenigen, die außer dem Thema Flüchtlinge nur den Slogan „Merkel muss weg“ zu bieten haben, die wissen, dass Friedrich Merz ein geschätzter, wirtschaftsliberaler Politiker mit konservativen Positionen ist. Er ist unabhängig, kompetent – und er will sich, ebenso wie ich, nicht damit abfinden, dass sich am rechten und linken Rand dauerhaft Parteien etablieren, denen sich die Wähler nur aus Frust anschließen.



Migrationspakt: AfD entlarvt sich als Verschwörungstheoretiker-Verein

Am 10. und 11. Dezember soll in Marokko der UN-Migrationspakt („Global Compact for Migration“, kurz GCM) unterzeichnet werden. Hinter diesem ambitionierten Vorhaben steht die Überzeugung, „dass man die Migration nicht alleine bewältigen kann“. So gehört es zu den erklärten Zielen, Menschenhandel und Schlepperwesen zu unterbinden, Fluchtursachen zu bekämpfen, um illegale Migration zu verhindern. Legale, geregelte Migration auf Grundlage eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ist unser Ziel.

Ein international abgestimmter Umgang mit der globalen Migration ist daher ganz im Interesse Deutschlands. Der Pakt ist aber rechtlich nicht bindend, er schränkt die staatliche Souveränität nicht ein.

Im Auswärtigen Amt hat man leider völlig verschlafen, frühzeitig über den Migrationspakt zu informieren. Deshalb konnte sich in den sozialen Netzwerken eine diffuse Diskussion voller Lügen, Falschbehauptungen und Hetze so massiv ausbreiten. Eine sachliche Auseinandersetzung mit diesem Thema ist aber schon deshalb unabdingbar, damit nicht länger nur Rechtspopulisten und Verschwörungstheoretiker den Ton angeben in der Debatte.

Meine Kollegen und ich werden uns trotz der miesen Stimmungsmache der AfD und anderer Verschwörungstheoretiker keine Debatte voller Falschbehauptungen aufzwingen lassen. CDU, CSU und SPD werden deshalb nun gemeinsam einen Entschließungsantrag für die Verabschiedung des UN-Migrationspakts formulieren. Dieser soll dann voraussichtlich Ende November im Bundestag beschlossen werden, bevor die Bundesregierung den Pakt dann im Dezember unterzeichnet. Noch einmal: Rechtlich ist dafür keine Zustimmung des Parlaments notwendig, weil der Pakt rechtlich nicht bindend ist. Über die Inhalte und die Debatte zum Migrationspakt werde ich Sie an dieser Stelle in Kürze wieder informieren – der Hetze und Verunsicherungstaktik der AfD werde ich hier bestimmt keinen Raum geben.

Herzlichst

Ihr


Alexander Hoffmann, MdB

UN-„Global Compact“ zu sicherer, geordneter und regulärer Migration



Faktencheck

»Wenn im Dezember dem >Global Compact< zugestimmt wird, führt das zu massenhafter Zuwanderung.«

Falsch!

Ziel des Global Compact ist, Migration durch verbesserte internationale Zusammenarbeit in geordnete Bahnen zu lenken und illegale Migration zu reduzieren. Das von den Vereinten Nationen initiierte Dokument bekräftigt erstmals den Willen der internationalen Gemeinschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und einen Grundkonsens im Umgang mit Migration zu finden. Im Dezember soll das Dokument auf einem Gipfel in Marokko politisch angenommen werden.

»Eine Vielzahl von Staaten unterstützen den „Global Compact“

Richtig!

Alle UN-Mitgliedstaaten stimmten dem Ergebnis der Verhandlungen über einen Entwurf des Dokuments am 13. Juli zu – mit Ausnahme der USA, die sich bereits 2017 aus dem Prozess zurückgezogen hatten. Nach Abschluss der Verhandlungen haben Ungarn und Österreich angekündigt, den Global Compact nicht mitzutragen.

»Das Abkommen nimmt Staaten die Souveränität in Migrationsfragen.«

Falsch!

Der Global Compact ist kein völkerrechtlicher Vertrag und rechtlich nicht bindend. Vielmehr formuliert er politische Ziele und mögliche Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Die nationale Souveränität der Staaten bleibt ausdrücklich unberührt.

»Millionen Menschen werden dadurch zu illegaler Auswanderung verleitet.«

Falsch!

Das Gegenteil ist der Fall. Der Global Compact fordert alle Staaten zur Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration und zum Kampf gegen Schleuser auf; die Straflosigkeit von Schleusernetzwerken soll ein Ende finden. Ferner hält der Global Compact alle Staaten zu einer besseren Kooperation bei der Rücknahme eigener Staatsangehöriger an, die im Hoheitsgebiet eines anderen Staates kein Bleiberecht haben.

© Bundesregierung

Grafik: Bundesregierung
Fotos: Laurence Chaperon,
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Michael Dominik